

## Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,  
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVII/13 SteuerA

Sitzungstermin: am Mittwoch, dem 20.11.2013, 18:05 Uhr bis 19:50 Uhr

Sitzungsort: Aula der Astrid-Lindgren-Schule, Landstraße 54

### Anwesend sind:

#### Mitglieder CDU-Fraktion

- |    |          |                          |
|----|----------|--------------------------|
| 1. | Ratsfrau | Bischoff, Lilli          |
| 2. | Ratsfrau | Senft, Monika            |
| 3. | Ratsherr | Steuernagel, Marc-Oliver |

#### Mitglieder SPD-Fraktion

- |    |          |                              |
|----|----------|------------------------------|
| 4. | Ratsherr | Bienert, Sigurd              |
| 5. | Ratsfrau | Gertich, Lea Sophie ab TOP 6 |
| 6. | Ratsherr | Gottschalk, Günter           |
| 7. | Ratsherr | Härdrich, Dirk Dr.           |

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- |    |          |                  |
|----|----------|------------------|
| 8. | Ratsherr | Lux, Thomas      |
| 9. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |

#### Mitglieder FDP-Fraktion

- |     |          |                   |
|-----|----------|-------------------|
| 10. | Ratsherr | Klockow, Bernhard |
|-----|----------|-------------------|

#### Mitglieder UWG-Fraktion

- |     |          |            |
|-----|----------|------------|
| 11. | Ratsfrau | Runge, Eva |
|-----|----------|------------|

#### Beratende Mitglieder

- |     |          |                       |
|-----|----------|-----------------------|
| 12. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr. |
|-----|----------|-----------------------|

#### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- |     |                        |                           |
|-----|------------------------|---------------------------|
| 13. | Herr                   | Bischoff, Claus           |
| 14. | Frau                   | Hippert-Glowienka, Anette |
| 15. | Herr                   | Freitag, Steffen          |
| 16. | Behindertenbeauftragte | Heidecke, Hannelore       |
| 17. | Herr                   | Kowalski, Michael         |
| 18. | Herr                   | Stawarz, Detlef           |

#### von der Verwaltung

- |     |                                      |  |
|-----|--------------------------------------|--|
| 19. | Gleichstellungsbeauftragte           | Brandts, Susanne bis einschl. TOP 6, 18.40 Uhr |
| 20. | Verwaltungsvorstand Zentrale Dienste | Hoffmann, Reinhard                             |
| 21. | Leiter RPA                           | John, Roland                                   |
| 22. | Bürgermeister                        | Lahmann, Marc                                  |
| 23. | Fachdienstleiter                     | Müller, Stefan                                 |
| 24. | Fachdienstleiterin                   | Schwark, Anke bis TOP 9, 19.00 Uhr             |
| 25. | Verwaltungsbeamter                   | Zeidler, Stefan                                |

#### es fehlten entschuldigt

- |     |      |               |
|-----|------|---------------|
| 26. | Frau | Kaya, Hasbiye |
|-----|------|---------------|

## **Tagesordnung:**

### Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Pflichtenbelehrung eines neuen beratenden nichtstimmberechtigten Mitgliedes
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls über die 12. Sitzung/XVII WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 30.09.2013
5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
6. Berufung eines Geschäftsführers für die Netzverwaltung Barsinghausen GmbH XVII/0420
7. Ratsinformationssystem online, Umsetzung HSK-Beschluss ZD-1.4, Nr. 174, XVII/0429
8. Haushalt 2014
  - Teilhaushalt 04 - Finanzen
  - Teilhaushalt 05 - Zentrale Dienste
  - Teilhaushalt 06 - Wirtschaftsförderung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung
  - Stellenplan
9. Vergabe Wegenutzungsrechte Strom a) Entscheidung über das durchzuführende Wettbewerbsverfahren b) Festlegung der Wertungskriterien Beteiligungswettbewerb und Konzessionswettbewerb XVII/0337
  - SteuerungsA 27.05.2013 / Rat 24.10.2013 -
10. Steuerfinanzierter Straßenausbau
  - Antrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2013 - XVII/0432
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

---

**1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung**

Frau Westphal eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Dr. Härdrich beantragt, den TOP 9 von der TO zu nehmen, da für den 10.12.2013 ein Termin mit einem Berater anberaumt ist, der für die Entscheidungsfindung notwendig ist. Herr Dr. Härdrich wird die Ausschussmitglieder zu diesem Termin einladen.

Herr Müller erläutert, dass der Ratsbeschluss bis zum 12.12.2013 gefasst werden sollte, so dass heute eine Beratung erfolgen müsse. Der Ausschuss einigt sich darauf, den Top9 später für behandelt zu erklären. Herr Dr. Härdrich zieht seinen Antrag zurück.

Die Tagesordnung für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird in vorliegender Form beschlossen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird beschlossen.

---

**2. Pflichtenbelehrung eines neuen beratenden nichtstimmberechtigten Mitgliedes**

Herr Lahmann führt ordnungsgemäß die Pflichtenbelehrung von Herrn Steffen Freitag durch. Der Ausschuss heißt Herrn Freitag willkommen.

---

**3. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen gestellt.

---

**4. Genehmigung des Protokolls über die 12. Sitzung/XVII WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 30.09.2013**

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 5

Beratungsergebnis: zugestimmt

Das Protokoll über die 12. Sitzung/XVII WP des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung am 30.09.2013 wird genehmigt.

---

## 5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Brandts berichtet über ihre bisher geleistete Arbeit und nennt u.a. die Stellungnahmen zu Drucksachen oder auch Vorstellungsgespräche als sehr zeitaufwendige Aufgabenfelder. Sie gibt an, dass ihr Ziel für 2014 sei, den Haushalt auf Gender-Gesichtspunkte zu durchleuchten. Außerdem stellt sie einige weitere Themenfelder vor, mit denen man sich auseinandersetzen könnte. Sie bemängelt den geringen Stundenumfang von 3,9 Wochenstunden, der schlichtweg nicht ausreicht.

Frau Westphal dankt Frau Brandts auch im Namen des Ausschusses für den Bericht und das bisherige Engagement.

Herr Klockow fragt, ob eine Freistellung wie auch bei Personalräten möglich sei, wenn der Arbeitsumfang höher werde. Dies wird verneint. Herr Lahmann weist zusätzlich auf den HSK-Beschluss zu diesem Thema hin.

Frau Dr. Beckmann sagt, dass der HSK-Beschluss vor dem Hintergrund der möglichen Freistellung gefasst wurde und erkundigt sich, ob im Fachdienst weitere Kapazitäten vorhanden seien. Herr Lahmann verneint auch dies und nennt die Einsparung einer weiteren halben Stelle im Fachdienst I/1 als Grund.

---

## 6. Berufung eines Geschäftsführers für die Netzverwaltung Barsinghausen GmbH

**Vorlage: XVII/0420**

Herr Müller begibt sich während des TOP in den Zuschauerraum.

Herr Lahmann erklärt, dass zum Gründungszeitpunkt 01.11.2013 Herr Hundeshagen provisorisch als Geschäftsführer ernannt werden musste. Inzwischen sei Herr Ehret von der Avaccon AG benannt worden. Für die Stadt Barsinghausen soll Herr Müller die Aufgabe des Geschäftsführers übernehmen.

Herr Lahmann ergänzt zur Beschlussempfehlung, dass nach „... GmbH und Co KG“ die Worte „bzw. die Netzverwaltung Barsinghausen GmbH“ eingefügt werden müssen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung

Die Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co. KG bzw. der Netzverwaltung Barsinghausen GmbH werden gem. § 138 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz angewiesen, in der betreffenden Gesellschafterversammlung wie folgt zu votieren:

1. Zum Geschäftsführer werden Herr Christian Ehret und Herr Stadtoberamtsrat Stefan Müller bestellt.
2. Herr Frank Hundeshagen wird als Geschäftsführer abberufen.

---

**7. Ratsinformationssystem online, Umsetzung HSK-Beschluss ZD-1.4, Nr. 174, Vorlage: XVII/0429**

Herr Hoffmann führt in die Drucksache ein.

Herr Klockow findet das Ratsinformationssystem online grundsätzlich gut. Er gibt jedoch zu bedenken, dass nur noch zwei Sitzungsräume zur Verfügung stünden, weil andernorts kein W-LAN bereitstehe. Er sagt weiter, dass für jedermann eine Druckmöglichkeit gegeben sein müsse. Der angedachte Transportschutz müsse für eine bessere Handhabung verbessert werden. Es gäbe einen Transportschutz mit integrierter Tastatur, der sehr sinnvoll sei. Er hält es außerdem für sinnvoll, dass auch die beratenden Mitglieder einbezogen werden.

Herr Bienert erkundigt sich, wofür die 1.800 EUR laufende Wartungskosten für das W-LAN gezahlt werden müssen. Außerdem fragt er nach der Bandbreite und möchte wissen, ob diese für die gleichzeitige Nutzung aller Ratsmitglieder ausgelegt sein wird.

Herr Bischoff meint, dass auch die beratenden Mitglieder ein Tablet bräuchten, um die angedachten Spareffekte zu erzielen.

Frau Dr. Beckmann regt an, eine Sammelbestellung für die erwähnten Tastaturen vorzunehmen und diese ggf. über die Fraktionsgeschäftsführungskosten zu finanzieren.

Herr Lahmann erläutert die Zusammensetzung der Einspareffekte mit Personalabbau und der Abschaffung eines Großdruckers.

Herr Hoffmann nimmt die Fragen und Anregungen zur Bearbeitung mit.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

---

**8. Haushalt 2014**

Herr Müller berichtet von einem Gespräch mit der Kommunalaufsicht zum Haushaltsentwurf 2014 vor dem Hintergrund des Entschuldungsvertrages. Er stellt heraus, dass die Erhöhung der Investitionskredite problematisch werden könnte.

Es wurde mit der Kommunalaufsicht besprochen, bereits zum Haushaltsentwurf den standardisierten Bericht für den Entschuldungsvertrag zu formulieren, um anschließend eine Diskussionsgrundlage für den Dialog mit dem Land zu haben.

Herr Müller erwähnt zusätzlich einen Erlass des Landes zur Genehmigungsfähigkeit von Haushalten für Entschuldungskommunen, wonach die Haushalte nicht zu genehmigen sind, wenn die Kreditaufnahme im Haushalt über der Tilgung liegt. Hier könne es Schwierigkeiten geben. Herr Müller glaubt aber, dass der inzwischen versandte Bericht so detailliert und aussagekräftig ist, dass die Ausweitungen sowohl von der Kommunalaufsicht als auch vom Land getragen werden.

Frau Dr. Beckmann fragt, ob ein Ansatz für die Bürgerbefragung im Haushalt 2014 enthalten ist. Herr Lahmann verneint dies und ergänzt, dass dies erst für 2015 geplant sei, da zunächst eine Prioritätenliste erarbeitet werden müsse. Frau Dr. Beckmann fragt, ob zumindest eine Kalkulation der Kostenhöhe für eine solche Bürgerbefragung vorliege. Herr Lahmann verneint auch dies.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

**9. Vergabe Wegenutzungsrechte Strom a) Entscheidung über das durchzuführende Wettbewerbsverfahren b) Festlegung der Wertungskriterien Beteiligungswettbewerb und Konzessionswettbewerb  
Vorlage: XVII/0337**

Herr Lahmann führt in die Thematik ein.

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde fragt Herr Sadowski, ob es einen Haken gäbe. Er erkundigt sich nach versteckten Haftungen oder Risiken. Herr Lahmann erläutert die unterschiedlichen Modelle und stellt heraus, dass das angestrebte Pachtmodell risikoarm sei. Ein Risiko entstünde nur, wenn die Netzregulierung geändert würde. Dies sei aber nicht absehbar.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Wettbewerbsverfahren nach den Grundsätzen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) um die Wegenutzungsrechte Strom in der Stadt Barsinghausen durchzuführen. Das Wettbewerbsverfahren ist zweiteilig zu gestalten (Teil 1: Beteiligungswettbewerb; Teil 2: Konzessionswettbewerb).

Gegenstand des Beteiligungswettbewerbs ist ein Wettbewerb um die Beteiligung an einer gemeinsamen Stromnetzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co.KG. Dabei soll ein geeignetes Energieversorgungsunternehmen (EVU) gesucht werden, das bereit ist, sich zusammen mit der Stadt Barsinghausen an der Stromnetzgesellschaft zu beteiligen und sich für die Stromnetzgesellschaft um die Stromkonzession zu bewerben. Die Stromnetzgesellschaft soll, sofern sie im zweiten Teil des Verfahrens obsiegt, das Stromnetz vom derzeitigen Netzbetreiber erwerben und an den künftigen Netzbetreiber verpachten. An der Stromnetzgesellschaft soll sich das EVU mit 49 % der Geschäftsanteile beteiligen.

Gegenstand des Konzessionswettbewerbs ist ein Wettbewerb um den Konzessionsvertrag über die Nutzung der öffentlichen Verkehrswege der Stadt Barsinghausen für die Verlegung und den Betrieb von Stromleitungen.

2. Die Wertungskriterien für die Bewertung der eingegangenen Angebote im Beteiligungswettbewerb werden wie aus der Begründung zu 2. in der Sachdarstellung ersichtlich beschlossen. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Kriterien sachgerecht zu konkretisieren und das Bewertungsverfahren festzulegen.
3. Die Wertungskriterien für die Bewertung der eingegangenen Angebote im Konzessionswettbewerb werden wie aus der Begründung zu 3. in der Sachdarstellung ersichtlich beschlossen. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Kriterien sachgerecht zu konkretisieren und das Bewertungsverfahren festzulegen.
4. Der ggfs. erforderlichen Gründung der Stromnetzgesellschaft wird zugestimmt. Das zur Ausstattung der Komplementärin der Stromnetzgesellschaft erforderliche Gründungskapital i.H.v. 25.000 EUR sowie die zur Gründung von GmbH und KG erforderlichen Mittel i.H.v. 2.500 EUR werden im Haushalt 2014 zur Verfügung gestellt.

---

**10. Steuerfinanzierter Straßenausbau  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2013 -  
Vorlage: XVII/0432**

Herr Gottschalk erläutert und begründet den vorliegenden Antrag.

Herr Lahmann geht auf den beantragten Prüfungsantrag ein und führt zu Punkt 1 aus, dass die gewünschte Liste nicht erstellt werden kann, weil die Stadt verpflichtet ist, alle Straßen immer verkehrssicher zu halten und bei Mängeln, die die Verkehrssicherheit in Frage stellen, umgehend reagiert. Eine Aufstellung von Straßen, bei denen es zu Schäden kommt, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, kann nicht erstellt werden, weil hierfür die Kenntnis der genauen Wetterprognosen nebst Mindest- und Höchsttemperaturen sowie Niederschlagsmengen bis zum Ende der Wahlperiode bekannt sein müsste.

Zu Punkt 2 führt Herr Lahmann aus, dass Reparatur, Instandsetzung und Sanierung völlig unterschiedliche Maßnahmen seien und dies zunächst genauer definiert werden müsste. Sofern ein kompletter Straßenausbau gemeint sei, sei ein Plan, welche Straßen bis Ende der Wahlperiode komplett saniert werden sollen, nicht sinnvoll, bevor die Kanalbefahrungen komplett abgeschlossen und ausgewertet sind. Es könne sonst nämlich dazu kommen, dass eine Straße aufgrund des Planes komplett saniert wird und wenige Jahre später die dann neue Straße für eine Sanierung des Kanals wieder aufgerissen werden müsste.

Zu Punkt 3 erklärt Herr Lahmann, dass es ein Standardwerk zu den technischen Regeln im Straßenbau gibt, welches 9.000 Seiten umfasst.

Zu Punkt 4 führt Herr Lahmann aus, dass die Stadt Barsinghausen an einem auf dem IKVS-System gestützten Vergleichsring teilnimmt. In der letzten Lenkungsgruppe ist beschlossen worden, die Kosten der Straßensanierung als eines der nächsten Projekte anzugehen. Dafür müssen zunächst die Fachleute abstimmen, ob die automatisch generierten Zahlen im IKVS-System ggf. aufgrund der eigenen Kontensystematik der Städte und Gemeinden angepasst werden müssen. Sofern das Ergebnis vorliegt, ist eine Kennzahl, wie von den Antragstellern gewünscht, vorhanden.

Frau Dr. Beckmann glaubt auch, dass die vollständige Kanalbefahrung aus wirtschaftlichen Gründen in die Überlegungen einbezogen werden müsse. Sie fragt, wann eine Bürgerbefragung dann sinnvoll sei. Herr Lahmann sagt, dass erst eine 100%ige Befahrung stattfinden müsse, da derzeit nur die großen Ortsteile untersucht wurden. Eine Bürgerbefragung käme demnach voraussichtlich für 2015 in Frage.

Herr Klockow sagt, dass die Ergebnisse im Herbst 2013 vorliegen sollten. Er hält gewisse Ortsteile für sehr überschaubar. Vor dem Hintergrund der Bürgerbefragung halte er ein Aufarbeiten der Thematik aber auch für notwendig. Er schlägt vor in der Infra-Runde ein Konzept mit Zeitplan zu erstellen. Frau Westphal ergänzt, dass dieses dann im Ausschuss diskutiert werden müsse.

Herr Bienert hält den Einnahmeverzicht für problematisch und befürchtet Schwierigkeiten mit der Kommunalaufsicht.

Herr Gottschalk ist der Ansicht, dass eine Prioritätenliste schon jetzt erstellt werden könne. Eine vollständige Kanalbefahrung sei dafür nicht notwendig. Zudem habe Herr Fischer bereits zugesagt, bis zum Frühjahr eine Prioritätenliste aufstellen zu können.

Herr Steuernagel spricht sich im Namen der CDU-Fraktion gegen diesen Antrag aus. Er halte es für notwendig, auch die kleinen Ortsteile zu durchleuchten und eine breite Datenbasis zu schaffen. Er fragt nach einem Zeitrahmen.

Herr Lux sagt, dass für das weitere Verfahren ein Zeitplan erstellt und die Grundlage aufgearbeitet werden müssen, um am Ende nicht per Kampfabstimmung, sondern mit großer Mehrheit dieses Thema zu entscheiden. Zudem sei die Aufarbeitung notwendig, um eine große Beteiligung durch die Bürger zu erreichen.

Herr Lahmann verweist auf den Stadtentwässerungsausschuss, der genutzt werden könne, um die notwendige Kanalbefahrung ggf. vorzuziehen und den möglichen Zeitrahmen zu diskutieren.

Herr Gottschalk kann sich dem gemeinsamen Vorschlag von Herrn Klockow und Frau Westphal anschließen.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

1. Die Stadtverwaltung stellt eine Liste mit den Straßen zusammen, bei denen die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet ist und die bis zum Ende der Wahlperiode dringend zu sanieren sind.
2. Die Stadtverwaltung legt einen Plan vor, in welchem der Jahre bis zum Ende der Wahlperiode die Reparatur/Instandsetzung/Sanierung der jeweiligen Straßen zu erfolgen hat.
3. Die Stadtverwaltung erarbeitet einen verbindlichen Standard für den Ausbau dieser Straßen, der den technischen Mindestanforderungen für den Bau von Straßen des jeweiligen Typs entspricht und die kostengünstigste Lösung ausweist.
4. Die Stadtverwaltung berechnet die Instandsetzungskosten pro Quadratmeter Straßenoberfläche bei diesem Standard und orientiert sich dabei an den Kosten für den Straßenausbau vergleichbarer Straßen in niedersächsischen Städten.
5. Die Stadtverwaltung berechnet anhand der so ermittelten Gesamtkosten die notwendige Erhöhung der Grundsteuer A und B, wenn 54 % dieser Kosten über Grundsteuern finanziert werden.

## **11. Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Müller erläutert, dass zur Finanzierung der Netzgesellschaft Gas ein Kredit bei der KfW in Höhe von 2,0 Mio. EUR aufgenommen werden musste. Dieser ist auf 20 Jahre zu einem Zinssatz von 1,91% abgeschlossen worden und ist die ersten drei Jahre tilgungsfrei.

Herr Müller berichtet, dass die im letzten Ausschuss angesprochene Problematik der Sonderkündigungsrechte an das Land herangetragen wurde. Nach der vorliegenden Stellungnahme wird das Land intensive Gespräche führen und diese Neuerung unter Umständen wieder aus dem Gesetz nehmen.

Abschließend sagt Herr Müller, dass der Stand der Liquiditätskredite den Anforderungen des Entschuldungsvertrages entspreche. Die Liquiditätskredite seien derzeit auf Null reduziert. Es gäbe lediglich noch einen langfristigen Liquiditätskredit mit Laufzeit bis zum 02.01.2014, der mit der Zahlung der Entschuldungshilfe abgelöst werden wird.

Herr Gottschalk fragt, ob der Gewinn aus der Netzgesellschaft Gas bereits abzüglich der Zinsen kalkuliert sei. Herr Müller antwortet, dass der Schuldendienst geringer als diese 140.000 EUR Gewinn sei. Effektiv müsse also der Schuldendienst abgezogen werden, wobei eine mögliche Kapitalrückführung zu höheren Erträgen für die Stadt Barsinghausen führen könne.

## **12. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Herr Klockow fragt, welche Auswirkungen die verbesserte finanzielle Situation v.a. bei der Gewerbesteuer auf die Regionsumlage habe.



Herr Müller antwortet, dass diese keine Auswirkungen auf die Regionsumlage habe. Die Mehrerträge in der Gewerbesteuer führen zu gleich hohen Mindererträgen bei den Schlüsselzuweisungen. Nominell sei die Regionsumlage trotz insgesamt verbesserter Ertragslage allerdings auf dem Niveau des Vorjahres geblieben, was mit der Absenkung der Hebesätze durch die Region zusammenhängt.

Herr Bienert bittet darum, bis zum 29.11.2013 Übersichten über die von 2012 nach 2013 übertragenen Mittelübertragungen, einen Soll-Ist-Vergleich des Jahres 2013 zum derzeitigen Stand und eine produktscharfe Auflistung der Gesamtkosten aller Gutachten aus 2013 für die Haushaltsklausuren der Fraktion zu erhalten.

Herr Gottschalk fragt, wie jetzt schon eine Erhöhung der Baukosten für die Kinderbetreuungseinrichtungen bekannt werden könne und ob diese im Haushalt abgedeckt sei.

Herr Müller sagt, dass dies in den Haushalt 2014 eingearbeitet werden müsse und keine Deckungsmittel vorliegen, so dass die Kreditaufnahme dementsprechend höher ausfallen werde.

Herr Lahmann ergänzt, dass die ursprüngliche Kostenschätzung ohne Bekanntsein des genauen Standortes erfolgte, so dass diese nicht genauer ermittelbar gewesen sei.

#### Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 19:50 Uhr geschlossen.

Ulrike Westphal  
Ausschussvorsitzende

Marc Lahmann  
Bürgermeister

Stefan Zeidler  
Protokollführung